

Nachdenken über eine linke Sammlungsbewegung

Dort, wo sich heute eine Linke in Europa auf dem Vormarsch befindet, verdankt sie es vor allem der Fähigkeit, ihre Ressourcen auf wenige Themen zu konzentrieren. So haben sich die Sozialistische Partei der Niederlande (SP) und die belgische Partei der Arbeit (PdA) auf eine beharrliche Arbeit im Gesundheitssektor ausgerichtet. Mit einem Netzwerk linker Ärzte und sogar von ganzen Polikliniken konnten sie so Vertrauen in der arbeitenden Klasse erringen. Seit Jahren führt die PdA mit ihrer Forderung nach einer Millionärssteuer eine Kampagne zur höheren Besteuerung der Reichen und konnte damit die anderen Parteien zwingen, sich dazu zu verhalten.

Auch der Bewegung La France insoumise (Unbeugsames Frankreich) unter Jean-Luc Mélenchon gelang es, mit der Konzentration auf Kampagnen zur Verteidigung der Rechte der Lohnabhängigen durchzudringen. Ein weiteres Beispiel dafür, wie man heute als linke Kraft durch Bündelung der Ressourcen erfolgreich sein kann, liefert die Landesorganisation Steiermark der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ). Seit Jahr und Tag konzentriert sie ihre Arbeit ganz auf die Wohnungsfrage. Mit dieser Strategie ist sie überaus erfolgreich. In der steirischen Hauptstadt Graz gilt sie inzwischen als die Mietenpartei.

Diesen Parteien ist es so gelungen, wichtige gesellschaftliche Akteure in ihren Ländern zu werden, die Sozialdemokratie zu bedrängen bzw. wie in den Niederlanden, in Frankreich, im belgischen Wallonien oder in Graz sogar hinter sich zu lassen. Bedingung für diesen Erfolg ist aber die tägliche Bereitschaft der Parteimitglieder, ihre verschiedenen Partikularinteressen, vor allem die Vertretung der eigenen Gruppenidentität, hinter sich zu lassen und ihre ganze Kraft gemeinsamen Anliegen zu widmen. Erst diese Fähigkeit zu kollektivem Handeln macht aus einer zersplitterten Sammlungspartei eine sozialistische Kraft, die zum aktiven Eingreifen fähig ist.

An Einfluß verlieren hingegen europäische Linksparteien, die sich, wie die griechische Syriza oder die italienische Rifondazione Comunista (RC, Kommunistische Wiedergründung), als „Bewegungsparteien“ verstehen. Syriza hat sich längst aus der „Koalition der radikalen Linken“, wie sie offiziell noch immer heißt, zu einer autoritär von Ministerpräsident Alexis Tsipras geführten Partei entwickelt. Und Italiens RC erklärte sich 2002 unter ihrem einstigen Vorsitzenden Fausto Bertinotti zur „Bewegung der Bewegungen“ und begann in diesem Sinn, die eine Partei charakterisierenden Elemente Stück um Stück aus ihr zu entfernen. Die RC ist inzwischen weitgehend zerfallen und kandidiert bei Wahlen nur noch als Teil immer wieder neu zusammengesetzter Wahlbündnisse linker Bewegungen und Parteien. Bei Wahlen blieben diese Bündnisse allesamt erfolglos.

Dem Anspruch, eine bloße Sammlungs- bzw. Bewegungspartei zu sein, entspricht

regelmäßig die ideologische Beliebigkeit. Ein theoretisches Zentrum, eine für alle Mitglieder programmatisch festgelegte und verbindliche Weltanschauung, existiert in diesen Parteien nirgendwo.

In ihrem Erfurter Grundsatzprogramm von 2012 hält die Die Linke zwar an der Forderung nach einer sozialistischen Gesellschaft als politische Zielvorstellung fest, aber diese ist nur noch ein abstrakter Wert, vergleichbar mit dem ethischen bzw. demokratischen Sozialismus der Sozialdemokratie. Der bürgerliche Staat wird als weitgehend klassenneutral bewertet und dementsprechend sein Charakter allein von veränderten parlamentarischen Machtverhältnissen abhängig gesehen. (...)

Das Erfurter Grundsatzprogramm hat für die tägliche Arbeit der Partei Die Linke nie eine anleitende Rolle gespielt. Die verschiedenen Strömungen und Richtungen in ihr nutzen es lediglich als Steinbruch, um mit einzelnen Zitaten daraus ihre jeweiligen Positionen zu rechtfertigen.

Die in Westeuropa erfolgreichen linken Parteien gehen im Unterschied dazu auch in ihrer weltanschaulichen Ausrichtung andere Wege. Sie versuchen ein theoretisches Zentrum zu rekonstruieren und beziehen sich dabei auf die marxistische Gesellschaftstheorie. Von den Sammlungs- bzw. Bewegungsparteien innerhalb der Europäischen Linken (EL) werden sie deshalb oft des Dogmatismus beschuldigt. Diesen Vorwurf erhebt etwa die Führung der italienischen Rifondazione Comunista gegenüber der wiedergegründeten PCI, zu der sich u. a. der Historiker und Philosoph Domenico Losurdo bekennt.

Auch die steirischen Kommunisten werden von der Bundesführung der KPÖ regelmäßig der Orthodoxie angeklagt. Der Bewegung La France insoumise wird wiederum von der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) vorgeworfen, sich unter Jean-Luc Mélenchon beharrlich einer Zusammenarbeit mit den Sozialisten zu verweigern und zugleich scharf die EU zu kritisieren, Haltungen, die die KPF als „unmodern“ verwirft. In Belgien wird der PdA von ihren Gegnern vorgeworfen, die Zeichen der Zeit nicht erkannt zu haben und weiterhin am Marxismus und sogar am Prinzip einer Kaderorganisation festzuhalten. Nicht bedacht wird angesichts dieser Vorwürfe, daß die erfolgreiche praktische Arbeit all dieser Parteien auch das Ergebnis einer Festigung ihrer theoretischen Positionen ist.

Bei allen aktuellen Überlegungen hinsichtlich der Notwendigkeit der Schaffung einer breiten linken Volkspartei gilt daher: Die Sammlung möglichst vieler Mitglieder in einer solchen Partei kann nur gelingen, wenn sie in der Lage ist, sich auf einheitliche Aktionen und Kampagnen zu verständigen, und wenn sie zugleich ein hinreichend geschlossenes theoretisches Weltbild herausbilden kann, an dem sich ihre Mitglieder ausrichten können.

Die europaweiten Verluste der Sozialdemokratie, die in einigen Ländern, etwa in Frankreich, den Niederlanden, Irland, Griechenland und in Tschechien, bereits zu ihrer Marginalisierung geführt haben, sind Ergebnis des zerbrochenen Vertrauens der arbeitenden Klasse in die Sozialdemokratie als ihre einstmalige Interessenvertretung. Dahinter steht die Erfahrung, daß die sozialdemokratischen Eliten, einmal an die Macht gelangt, bruchlos an die neoliberale Politik der Konservativen und Liberalen anknüpfen, und sie – wie in Deutschland unter Schröder geschehen – sogar noch verschärfen.

Die Sozialdemokraten öffneten sich aber nicht nur dem Neoliberalismus als Wirtschaftsstrategie, sondern auch Politikinhalt, die man zusammengefaßt als postmaterielle bezeichnen kann. Überall übernahmen sie Werte und Inhalte der Grünen bzw. der „neuen sozialen Bewegungen“, der Umweltbewegung, der Feministinnen sowie der verschiedenen Initiativen zur Gleichstellung von Minderheiten. Die traditionelle Ausrichtung linker Politik auf gesamtgesellschaftliche Ziele, auf die Emanzipation der Lohnabhängigen als der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung, ging dabei verloren. ...

Rechtspopulistische Parteien bekommen so leichtes Spiel, erhalten sie doch ohne größere eigene Anstrengung Zulauf aus dem sozialdemokratischen Milieu. Sie brauchen nur die von der Linken aufgegebenen Werte wie Gemeinwohl, Bürgersinn und Engagement für das eigene Land zu übernehmen. Anschließend können sie sie in ihrem Sinne auslegen. Daß die neuen Rechten aber zugleich in der Wolle gefärbte Neoliberale sind, geht dabei unter.

Die Ausrichtung auf postmaterielle Werte und Identitätspolitik hat längst auch die Partei Die Linke erfaßt. Die dafür stehende Strömung „Emanzipatorische Linke“ um die Zeitschrift „Prager Frühling“ konnte in den letzten Jahren bemerkenswerte Siege im Kampf um Mehrheiten in der Partei erringen. Sie fiel ihnen leicht, da sie in der Linkspartei, im Unterschied zur Sozialdemokratie, nicht erst starke Reste gewerkschaftlicher Orientierung überwinden mußte. Die in der PDS bzw. in der Linkspartei verbliebenen Sozialisten und Kommunisten waren hingegen nicht in der Lage oder willens, dieser Strömung Widerstand entgegenzusetzen.

Der dem Vorstoß von Lafontaine und Wagenknecht zugrundeliegende inhaltliche Konflikt verweist darauf, daß die Zeiten von linken Mosaik- bzw. Patchworkparteien europaweit zu Ende gehen. Die Krise der deutschen Linkspartei ist Teil einer westeuropäischen Entwicklung, in der sich zeigt, daß das Modell der pluralistischen, ohne theoretisches Zentrum arbeitenden linken Sammlungs- bzw. Bewegungspartei für immer mehr sich links Engagierende als nicht mehr der heutigen Situation angemessen angesehen wird.

Andreas Wehr, Berlin

(aus einem längeren Beitrag vom 26. Januar d. J.)

„Fall Skripal“: Warnungen vor fürchterlichem Ende

Der ehemalige EU-Kommissar *Günter Verheugen* sieht die von Großbritannien in Gang gesetzte Massenausweisung russischer Diplomaten als Beginn einer schweren internationalen Krise. Das sagte er in einem TV-Interview. Dabei gehe es um eine Krise, von der er nicht wisse, ob man sie wirklich unter Kontrolle halten könne. Die Allianz des Westens gegen Rußland, die man momentan beobachte, stütze sich nicht auf gesichertes Wissen, sondern auf eine Beweiskette, die auf einer Annahme nach der anderen beruhe. Auch dem Westen könne man einiges vorwerfen. „Mir fällt zum Beispiel ein, daß es ja noch nicht so lange her ist, daß gerade die britische und die amerikanische Regierung die ganze Welt belogen haben: bewußt und absichtlich belogen, um den Überfall auf den Irak rechtfertigen zu können.“ Verheugen fragt sich, wie es zu der heutigen Situation kommen konnte. Denn er könne sich noch an eine andere Form des Zusammenlebens mit Rußland erinnern. Und er wisse aus eigener Erfahrung, daß ein konstruktives Miteinander mit Moskau möglich sei. Beide Seiten hätten damals Lösungen gefunden und sich daran gehalten. „Wir müssen runter von der gegenwärtigen Konfrontation und zurück zu einer Situation, in der Kooperation wieder möglich ist.“

Auch der Vorsitzende des deutsch-russischen Forums, *Matthias Platzeck*, hat das Vorgehen Deutschlands gegenüber Rußland scharf kritisiert. Gerade Deutschland habe eine historische Verpflichtung gegenüber diesem Land. „Wir sagen hier: Wir haben einen Verdächtigen, dem trauen wir das einfach zu. Also wird er erschossen. Danach gehen wir in die Beweisaufnahme. Das geht so nicht“, sagte Platzeck

gegenüber einer Illustrierten. Er wünsche sich eine ganz andere Reihenfolge: „Das heißt, wir sagen: Wir sammeln die Beweise. Wir warten ab, was die Untersuchungen der Chemiewaffen-Kontrollkommission ergeben. Damit konfrontieren wir dann die Russen. Und dann diskutieren wir, was für Schlußfolgerungen daraus zu ziehen sind.“ Deutschland habe innerhalb Europas eine ganz spezielle Verpflichtung gegenüber Rußland, so der Politiker weiter: „Das hat mit unserer Geschichte zu tun. Das hat mit den vielen Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges zu tun.“ Er wünsche sich, daß gerade Deutschland „die Rationalität, die Vernunft und die Sachlichkeit in diesen Diskussionsprozeß wieder einziehen lasse“, der im Moment vorwiegend durch Emotion bestimmt werde. Die sich weiter drehende Eskalationsspirale könne „fürchterlich enden“.

„Bisher hat Großbritannien keinen einzigen Beweis geliefert, daß es Rußland war, das Skripal vergiftet hatte. Und wenn sie auch vorgelegt werden, inwieweit werden die Bürger, die noch die Geschichten über Massenvernichtungswaffen im Gedächtnis haben, die als Vorwand für die Irak-Invasion erfunden wurden, ihnen glauben?“ fragt der italienische Journalist *Marco Fontana*. Demzufolge „fangen die Briten wieder an, zu lügen und nach einem neuen Bösewicht zu suchen“.

Die US-amerikanische gemeinnützige Organisation „*Kongreß russischer Amerikaner*“ hat sich in einem Brief an Donald Trump gewandt. Die gegenwärtige antirussische Rhetorik schüre Haß gegen alle Russen. Fünf Millionen „russische Amerikaner“ würden ernsthaft diskriminiert. Trump habe während der Wahlkampagne versprochen, die Beziehungen

zu Rußland zu verbessern, falls er Präsident würde. 90 Prozent russischer Amerikaner sollen ihm ihre Stimmen gegeben haben. Jetzt weigere er sich aber, sein Wahlversprechen zu erfüllen. Die jetzige Politik schade nicht nur den Interessen des Landes, sondern führe es „in den Abgrund der Russophobie“.

Am 26. März hatten 18 EU-Länder sowie die USA, Kanada, die Ukraine, Albanien, Mazedonien und Norwegen im Zusammenhang mit dem „Fall Skripal“ die Ausweisung russischer Diplomaten beschlossen. Am 27. März schloß sich Australien als 25. Land an. Die USA beschlossen die Ausweisung von insgesamt 60 russischen Diplomaten sowie die Schließung des russischen Generalkonsulats in Seattle.

Am 5. März war bekanntgeworden, daß der ehemalige Oberst des russischen Militärgeschichtsdienstes und Überläufer Sergej Skripal und seine Tochter Julia in der britischen Stadt Salisbury vergiftet wurden. London wirft Moskau vor, in das Attentat verwickelt zu sein, weil der dabei eingesetzte Giftstoff nach Angaben von Experten sowjetischer Herkunft gewesen sei. Rußland weist die Vorwürfe zurück.

Das zuständige britische Militärlabor teilte am 3. April nach einer Untersuchung mit, eine russische Herkunft des Nervengifts sei nicht nachweisbar. Der Kreml forderte daraufhin von der britischen Regierung eine Entschuldigung.

Skripal war 2006 wegen Spionage für den britischen Auslandsgeheimdienst MI6 zu 13 Jahren Haft verurteilt worden. Er kam jedoch im Juni 2010 im Zuge eines Austausches inhaftierter Spione zwischen Rußland und den USA auf freien Fuß. Kurz darauf wurde Skripal in Großbritannien Asyl gewährt.

RF, gestützt auf „Sputnik“ und Reuters

Ein großangelegter Schwindel?

Nichts ist klar, aber die EU steht England bei. Deutlich zeichnet sich die Kriegshetze bei der antirussischen Paranoia ab. So war es auch vor dem Irakkrieg. „Ist's Wahnsinn zwar, so hat es doch Methode.“ (Macbeth)

Das Nervengift Nowitschok (das klingt so schön russisch) gibt es eigentlich nicht. Es handelt sich wahrscheinlich um das Nervengift A234, an dem in den USA, der UdSSR, England und sicherlich auch anderswo geforscht wurde. Eine Produktionsstätte wurde nach 1992 in Nukus/Usbekistan demontiert und in die USA verbracht. Tatsächlich wurde A234 von einem russischen „Oligarchen“ 1995 zur Tötung seines Gesellschafters und

dessen Sekretärin verwendet. Das war zu Jelzins Chaos-Zeiten in Rußland, für das in den USA schon die Pläne zur Aufspaltung des Landes vorbereitet waren.

Die Oligarchen-Bande ist, um sich der Ordnung Putins zu entziehen, in England ansässig geworden. Das Nervengift ist problemlos im Labor von Porton Down/Südengland zu beschaffen.

Zur „Begründung der Strafe gegen Rußland“ schämte sich der neue BRD-Außenminister nicht, die Bürger zu belügen. Die Russen würden eine Mithilfe bei der Aufklärung verweigern, behauptete er. Das Gegenteil ist der Fall: England verweigert die Herausgabe von Proben des

angeblich nachgewiesenen Nervengases und die Einsicht in die Ermittlungsunterlagen.

Ich bin kein Politiker, sondern wurde als Militärarzt 25 Jahre für Diagnostik und Therapie möglicher Kampfstoffverletzungen trainiert. Nach 1990 hat mich ein Freund, der als Kampfstoffchemiker in Munster bei der Beseitigung von chemischen Kampfstoffen tätig war, über die aktuelle Entwicklung weiter informiert. Auffällig ist, daß das angebliche Vergiftungsbild überhaupt nicht für eine A234-Vergiftung typisch ist. Mir scheint, es handelt sich um einen großangelegten Schwindel.

Dr. med. Gerd Machalet, Siedenbollentin

„... irgendein nicht greifbarer Frevel“

Die Kriegserklärung Englands oder vielmehr der Ostindischen Kompanie an Persien ist die Wiederholung einer jener listigen und rücksichtslosen Tricks der englischen Diplomatie in Asien, durch die England seine Besitzungen auf diesem Kontinent erweitert hat. Sobald die Kompanie einen habgierigen Blick auf die Besitzungen eines beliebigen unabhängigen

Herrschers oder auf ein Gebiet wirft, dessen politische und kommerzielle Hilfsquellen oder dessen Gold und Edelsteine begehrt werden, wird das Opfer beschuldigt, irgendeinen angenommenen oder wirklichen Vertrag verletzt, ein imaginäres Versprechen gebrochen (...) oder irgendeinen nicht greifbaren Frevel begangen zu haben, und dann wird der

Krieg erklärt, und das ewige Unrecht, die stete Gewalt, versinnbildlicht in der Fabel vom Wolf und dem Lamm (*in der der Wolf das Lamm trotz aller Unschuldsbeteuerungen frißt*), wird wieder blutig-rot in die englische Geschichte eingetragen.

Karl Marx: Englisch-Persischer Krieg (1857)
MEW, Bd. 12, S. 71